



Niederschrift 46. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 13.12.2018
Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:20 Uhr
Ort, Raum: freiLand, Friedrich-Engels-Str. 22, Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr David Kolesnyk	SPD	Sitzungsleitung
---------------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Frauke Frehse-Sevran	anerkannter freier Träger	
Herr Matthias Kaiser	CDU/ANW	
Herr René Kulke	DIE aNDERE	
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Ute Parthum	anerkannter freier Träger	
Herr Bodo Ströber	anerkannter freier Träger	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	ab 16:40 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Julia Schultheiss	anerkannter freier Träger
Herr Markus Weyh	anerkannter freier Träger

beratende Mitglieder

Herr Lutz Boede	Migrantenbeirat
Frau Lisa Kabitzke	Jugendvertretung
Herr Pascal Loerch	Kreisschülerrat

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Dirk Harder	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
Herr Björn Karl	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Nico Marquardt	SPD	entschuldigt
Herr Rüdiger Schmolke	anerkannter freier Träger	entschuldigt

beratende Mitglieder

Frau Dr. Kristina Böhm	Öffentlicher Gesundheitsdienst	entschuldigt
Frau Rita Franke	Amtsgericht Potsdam	entschuldigt
Herr Alexander Gehl	Polizeiinspektion Potsdam	entschuldigt

Herr Dirk Heidepriem	staatl. Schulamt	nicht entschuldigt
Herr Robert Witzsche	Kita-Elternbeirat	entschuldigt
Frau Julia Laabs	Kreiselterrat	entschuldigt
Frau Raina Maria Lau	Humanistischer Verband	nicht entschuldigt
Frau Doreen Ließ	Agentur für Arbeit Potsdam	entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsporthund	nicht entschuldigt
Herr Jochen Reinke	Evangelische Kirche	entschuldigt
Frau Angela Schmidt-Fuchs	Katholische Kirche	entschuldigt
Herr Reinhold Tölke	Jugendamtsleiter	entschuldigt
Frau Martina Trauth	Gleichstellungsbeauftragte	nicht entschuldigt
Herr Borys Zilberman	Jüdische Gemeinde	nicht entschuldigt

Gäste:

Frau Noosha Aubel	GB Bildung, Kultur und Sport
Herr Dieter Lehmann	Bereich Stadterneuerung
Frau Sigrun Rabbe	Entwicklungsträger Bornstedter Feld
Herr Maximilian Dalichow	Offener Kunstverein Potsdam e.V.
Frau Sabine Reisenweber	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Christina Weidner	FB Kinder, Jugend und Familie
Herr André Wuttke	Bürger
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Informationen des Jugendamtes
- 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB
VIII
- 5 Bericht der Jugendvertretung und des Kita-Elternbeirates
- 6 Vorstellung der Arbeit des Offenen Kunstvereins e.V.
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Konkretisierung der Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld
Vorlage: 18/SVV/0735
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
+ Äa Fraktion CDU/ANW vom 06.11.18
- Wiedervorlage –

- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Schlussfolgerungen aus der Evaluation des Sozialraumkonzeptes
- 8.2 Haushalt 2018 - Mittelabfluss per 30.11.2018
- 8.3 Verfahrensvorschlag zur Mitwirkung der Stadtverordnetenversammlung an der Erstellung der Elternbeitragsordnung gemäß Beschluss 18/SVV/0385
- 9 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn David Kolesnyk.

Frau Fortunato stellt kurz die einzelnen Häuser auf dem freiLand-Gelände vor und gibt einen Überblick über die dort verorteten Angebote.

Frau Merkel dankt der Verwaltung für die Verlängerung des Pachtvertrages und den Einsatz des Begleitgremiums für den Erhalt von freiLand. Sie verweist auf die noch zu klärenden offenen Fragen mit der SWP, die jetzt geklärt werden.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Kolesnyk stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 11 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Kolesnyk schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 7.1 und 8.2 vorzuziehen und nach dem TOP 3 „Informationen des Jugendamtes“ zu behandeln, da Frau Rabbe (Entwicklungsträger Bornstedter Feld und Frau Weidner (FB Kinder, Jugend und Familie) die Sitzung aufgrund von Anschlussterminen vorzeitig verlassen müssen.

Er bittet um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Der so geänderten Tagesordnung wird **einstimmig zugestimmt**.

zu 3 Informationen des Jugendamtes

Frau Aubel (GB Bildung, Kultur und Sport) informiert, dass der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie ab Januar 2019 in den Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport übergeht. Sie verweist auf die gemeinsame Aufgabe der Fachbereiche Bildung und Sport und Kinder, Jugend und Familie als zentrale Institution, die für das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zuständig sind. Deshalb erfolgt die Zusammenfassung in einem Fachbereich.

Sie hat bereits Gespräche mit den Bereichsleitern und den Arbeitsgruppenleitern der beiden Fachbereiche geführt. Die Organisationsstruktur wurde vorbehaltlich der Zustimmung des Personalrates erarbeitet. In der 51. Kalenderwoche 2018 werden die Mitarbeitenden der beiden betroffenen Fachbereiche im Rahmen einer Mitarbeiterveranstaltung informiert.

Herr Kolesnyk teilt mit, dass in Abstimmung zwischen Frau Aubel und ihm nach der Mitarbeiterveranstaltung eine Information an den Jugendhilfeausschuss gegeben wird.

Mit Bezug auf die Vorstellung des freiLandes und auf das zum Erhalt installierte Begleitgremium informiert er, dass im März/April 2019 ein Vorschlag unterbreitet wird, der dann auch dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt wird.

Herr Wollenberg verweist auf den Beschluss zum Kinderstadtplan und macht darauf aufmerksam, dass kein Termin für die Berichterstattung festgelegt wurde. Er bittet um Information dazu in der Januar-Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Herr Kaiser erinnert an den Prüfauftrag zur Errichtung einer kommunalen Kita. Hier sollte bis zum Ende des Jahres berichtet werden.

Frau Dr. Müller bittet um Information zu den konzeptionellen Vorstellungen.

Herr Kolesnyk schlägt vor, dies für die Januar-Sitzung 2019 vorzumerken.

zu 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

Herr Liebe berichtet über die Sitzung des **Unterausschusses Jugendhilfeplanung** vom 04.12.2018. Der Unterausschuss hat sich mit dem Rückblick auf die Novembersitzung des Jugendhilfeausschusses befasst. Das Schreiben zum Einredeverzicht vermittelt aus Sicht des Unterausschusses kein gutes Gefühl. Die Eltern brauchen vor allem Klarheit, dass die Befristung für 2015 aufgehoben ist. Im Interesse aller sollte schnell eine gerechte Lösung für alle Seiten gefunden werden. Die Stadtverordnetenversammlung sollte dem Thema zur „Gerechtigkeit“ im Sinn des Mediationsergebnisses verhelfen.

Die Einbeziehung der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII ist noch unklar. Der Unterausschuss hat sich erneut mit dem Thema Fachkräftemangel befasst. Es wurde auch die Berliner Idee der anderen Vergütung gesprochen, aber auch festgestellt, dass oft wichtiger ist, sich in seinem Team wohl zu fühlen. Auch die Ausbildungs- und Studienplätze sind auszuweiten. Ein weiterer wichtiger Punkt sind die Würdigungen für gute Arbeit (z.B. Blumenstrauß für Jubiläum...). Dies ist durch die freien Träger in der Individualfinanzierung nicht abrechenbar.

Im Ergebnis der intensiven Beratung zum Thema wurde festgestellt, dass ein Fachtag zum Thema Fachkräftegewinnung/ -pflege im Herbst 2019 durchgeführt werden soll. Hier sollen Erfahrungen ausgetauscht, kommunale Handlungschancen aufgedeckt und Forderungen an die Landespolitik gebündelt werden.

Auch mit der EU-Datenschutzgrundverordnung hat sich der Unterausschuss befasst. Hier ist ein Fachtag/ -austausch avisiert, wenn die Verwaltung dazu genauere Wege festgelegt hat.

Herr Ströber ergänzt, dass auch verabredet wurde, zu warten, bis die Verwaltung ein geregelteres Verfahren zum Datenschutz hat.

Frau Parthum berichtet, dass die **Regionale Jugendhilfe AG 3** am 05.12.2018 getagt hat. Die Arbeit der Jugendberufsagentur nach einem Jahr Bestehen wurde vorgestellt. Die Jahresplanung 2019 wurde besprochen. Die AG wird sich mit der aktuellen Sozialraumevaluation und der Personalsituation in allen drei Bereichen der Jugendhilfe aus dem regionalen Blick heraus befassen. Das Thema unvorhergesehene Bedarfe und die Berücksichtigung im Jugendhilfeplan werden nach wie vor präsent sein.

zu 5 **Bericht der Jugendvertretung und des Kita-Elternbeirates**

Herr Loerch informiert, dass der **Kreisschülerrat** am 06.12.2018 getagt hat. Für die kommenden Wahlen wird ein Wahlparcours erarbeitet. Dazu soll im Januar 2019 ein Workshop durchgeführt werden. Ziel ist es, möglichst viele Jugendliche zu motivieren, wählen zu gehen.

Herr Witzsche (Kita-Elternbeirat) informiert, dass am 12.12.2018 die Übergabe der Themen „alten“ Kita-Elternbeirates an den neu gewählten Kita-Elternbeirat erfolgt ist.

Die Einredeverzichtserklärung der Landeshauptstadt Potsdam liegt jetzt vor. Trägern gewünscht, den Einredeverzicht gegenüber allen Eltern zu erklären. Die bloße Weiterleitung des Schreibens der LHP genügt nicht. Der Beirat hat die Träger der Kindertagesstätten bereits darauf hingewiesen.

Er verweist auf die laufende Rechtsaufsichtsbeschwerde beim MBS und fragt, ob es dazu Informationen gibt, da das Jugendamt bis zum 07.12.2018 eine Stellungnahme abgeben sollte.

Frau Reisenweber liegen dazu keine Informationen vor.

Herr Witzsche fragt mit Bezug auf das Thema Eigenleistungen, ob es von Seiten des Jugendamtes dazu eine Aussage gegenüber den Trägern und den Eltern gibt. Er erinnert daran, dass gemäß einer die Stellungnahme des MBS aus dem Jahr 2016 an die Jugendämter Kinder in Horteinrichtungen nur die durchschnittlich ersparten Eigenaufwendungen als Mittagessengeld zahlen müssen. Das Jugendamt sollte die Träger darüber informieren.

Frau Reisenweber kann dazu keine Aussage treffen und nimmt dies zur Prüfung mit.

Frau Frehse-Sevran spricht das Schreiben des Kita-Elternbeirates an die Träger an und macht deutlich, dass sie dieses als eine Drohung gegenüber den Trägern empfunden habe.

Herr Witzsche erklärt, dass der Einredeverzicht der Landeshauptstadt Potsdam an die Träger für die Eltern wirkungslos ist. Es wird von den Eltern erwartet, dass der Träger den Einredeverzicht gegenüber den Eltern erklärt.

Herr Liebe schließt sich der Aussage von Frau Frehse-Sevran an. Er bittet den Kita-Elternbeirat um einen Umgang auf Augenhöhe.

Herr Wollenberg bittet, dass die aktuelle Version des Schreibens der Träger an die Fraktionen gegeben wird.

Dies wird zugesagt. Frau Spyra sendet den Fraktionen das Schreiben umgehend zur Kenntnis zu.

zu 6

Vorstellung der Arbeit des Offenen Kunstvereins e.V.

Herr Dalichow stellt die Arbeit des Offenen Kunstvereins Potsdam e.V. vor. Er hebt hervor, dass sich der Offene Kunstverein seit 1990 in der kulturellen Kinder- und Jugendbildung engagiert und verweist auf die Kurse, wie z.B. die Theaterkurse, die durchgeführt werden.

An den Kursen nehmen Kinder aus ganz verschiedenen Kontexten teil, was zur Zunahme der Herausforderungen in Bezug auf die Inklusion geführt hat. Deshalb beabsichtigt der Verein ein Projekt, zunächst für 3 Jahre, möglichst aber länger, durch das die Kinder mit größeren Herausforderungen in den Kursen begleitet und andere Träger mit außerschulischen Angeboten unterstützt und beraten werden. Damit sollen die Kursleiter entlastet werden und eine bessere Inklusion für die Kinder erreicht werden.

Geplant ist eine wöchentliche feste Sprechstunde für Eltern, in der diese beraten werden, welche Angebote sich für die Kinder eignen.

Angedacht sind zunächst 30 Stunden pro Woche mit einer Vergütung orientiert am TVÖD E 8. Das wäre eine jährliche Förderung in Höhe von ca. 27.000 Euro.

Herr Dalichow bittet zu prüfen, ob durch den Jugendhilfebereich eine Unterstützung realisiert werden kann. Der Kulturbereich kann diese Unterstützung nicht leisten.

Herr Kolesnyk ergänzt, dass es von Seiten des Vereins bereits Kontakte mit den Fachbereichen Kultur und Museum, Kinder, Jugend und Familien und Soziales und Gesundheit bezüglich einer Projektförderung gab.

Herr Kulke bittet um nähere Informationen zu den Kontakten mit dem Kulturbereich und mit welchen Argumenten die Ablehnung der Förderung erfolgt ist.

Herr Kaiser findet das Projekt unter dem Aspekt der Unterstützung der Ehrenamtlichkeit sehr unterstützenswert.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass es in allen Bereichen Kinder gibt, die eine spezielle Form der Begleitung und Unterstützung benötigen. Sie erinnert daran, dass ein Ehrenamtskonzept erarbeitet werden soll. Es sollte darauf geachtet werden, dass das geschilderte Problem zumindest in die Haushaltsdiskussion aufgenommen wird. Dazu wird eine Projektbeschreibung benötigt.

Herr Dalichow erklärt, dass ein Antrag mit entsprechender Begründung und Darstellung der benötigten finanziellen Mittel vorgelegt werden kann.

Frau Parthum betont, dass auch die Vernetzung mit Projekten, die bereits Erfahrung haben, wichtig ist. Es sollte geprüft werden, wie in der Entwicklung der Inklusion vorangegangen werden kann. Hierzu könne auch ein Fachtag hilfreich sein.

Herr Kolesnyk regt an, dass Herr Dalichow Kontakt mit Frau Aubel aufnimmt, da diese ab Januar 2019 für Kultur und Jugend zuständig ist.

Frau Reisenweber (FB Kinder, Jugend und Familie) verweist auf den Jugendhilfeplan, der auch das Thema Inklusion beinhaltet. Bei der Aufstellung des neuen Jugendhilfeplanes sollte das Thema ggf. noch intensiver betrachtet werden.

Herr Liebe empfiehlt, auch auf die Landesregierung zuzugehen.

Herr Otto macht darauf aufmerksam, dass auf der Tagesordnung für die heutige Sitzung die Vorstellung des Offenen Kunstvereins, jetzt aber über eine Stellenförderung diskutiert wird. Dieses Thema sollte seiner Ansicht nach gesondert betrachtet werden.

Herr Ströber bittet um Material mit weitergehenden Informationen über den Offenen Kunstverein.

Herr Dalichow verweist auf die Internetseite <https://okev.de>.

zu 7 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 7.1 **Konkretisierung der Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld Vorlage: 18/SVV/0735**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
+ Äa Fraktion CDU/ANW vom 06.11.18
- Wiedervorlage -

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) erklärt, dass als Tischvorlage ausgereichte Ergänzungsantrag der Fraktion CDU/ANW bis zum 10.01.2019 überarbeitet wird. Er Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr hat sich in seiner Sitzung am 11.12.2018 mit der Drucksache befasst, aber noch kein Votum dazu abgegeben.

Des Weiteren berichtet er, dass das Gespräch mit der Regionalen Jugendhilfe AG 1 stattgefunden hat.

Frau Rabbe (Entwicklungsträger Bornstedter Feld) geht anhand einer Präsentation eingangs auf die Studie zur Versorgung mit sozialen Einrichtungen ein und stellt die untersuchten Standorte sowie die zusätzlichen Bedarfe an Kita-Plätzen ab 2021/2022 vor. Sie weist darauf hin, dass es sich hierbei nicht um aktuell nicht realisierte Bedarfe handelt. Frau Rabbe gibt einen Überblick über die untersuchten Standorte und geht dann näher auf den Standort Rote Kaserne West ein. Sie betont, dass die Standorte mit der Verwaltung, z.B. dem Jugendamt, abgestimmt sind.

Anschließend geht Frau Rabbe auf den Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW ein, der noch ein Kiezbad vorsieht. Das Kiezbad ist kein entwicklungsbedingter Bedarf und muss aus dem städtischen Haushalt finanziert werden. Die Fläche ist für Wohnungsneubau vorgesehen.

Eine Standortprüfung für eine kombinierte Kita-, Jugend- und Bürgertreffeinrichtung kann erfolgen.

Frau Rabbe weist darauf hin, dass der Änderungsantrag insgesamt auf die Entwicklungsmaßnahme finanzielle Auswirkungen hat.

Sie verweist auf die Möglichkeit am Standort Rote Kaserne West hin, der eine größere Flexibilität in der Umsetzung bietet sowie von vornherein bessere Qualität für Aufenthalt.

Abschließend betont sie, dass mit dem Änderungsantrag das genehmigte Defizit überschritten würde.

Herr Weyh informiert über das Gespräch mit Herrn Lehmann vom 07.12.2018. Die Regionale Jugendhilfe AG 1 hat eine Stellungnahme zur Vorlage und dem Änderungsantrag erarbeitet. Er verliest die **Stellungnahme der Regionalen Jugendhilfe AG 1**.

„Die REG AG 1 favorisiert den östlichen Standort der Georg-Hermann-Allee (Baufeld MI) für die geplante Jugendfreizeitstätte. Dieser Standort gewährleistet eine eigenständige Einrichtung für die Jugendlichen im Bornstedter Feld. Im Jugendhilfeausschuss am 26.04.2018 und am 25.09.2018 hat die REG AG 1 ausführlich dargestellt, warum aus fachlicher Sicht eine Bauvariante mit einer Doppelnutzung als Kita oder Bürgertreff abgelehnt wird.

Wir fassen noch einmal die wichtigsten vier Aspekte zusammen:

1. Eine kombinierte Einrichtung wird dem entwicklungstypischen Verhalten von Jugendlichen nicht gerecht.
2. Eine Einrichtung mit den geplanten Doppelnutzungen erschwert den niedrighschwelligen Zugang für die jeweiligen Nutzergruppen und führt zu Nutzungskonkurrenzen.
3. Jugendarbeit findet nicht nur am Nachmittag statt. Begrenzte Nutzungszeiten werden den aktuellen Anforderungen an Jugendarbeit nicht gerecht.
4. Die Mitarbeiter*innen haben alle Anforderungen an den Kinderschutz und die Aufsichtspflicht zu erfüllen. Eine kombinierte Einrichtung ist vor diesem Hintergrund ein Risiko für Kinder, Jugendliche und Mitarbeiter*innen.

Die räumliche Nähe zur Gesamtschule verkürzt für die Schülerinnen und Schüler die Wege und erhöht die Attraktivität. Kooperationsprojekte und die Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit können mit der Gesamtschule umgesetzt werden. Denkbar ist auch, die vorhandenen Sportanlagen im Rahmen der Jugendfreizeitarbeit zu nutzen. Der Standort ist gut an den ÖPNV angebunden. Durch den Erhalt und die geplante Sanierung des Jugendclubs Ribbeckeck ist der von uns favorisierte Standort sinnvolle Ergänzung in der sozialräumlichen Betrachtung.

Die argumentative Verzahnung von Jugendfreizeiteinrichtung, KITA und Bürgertreff stellt die gleichrangige Bedeutung aller drei Einrichtungen für das sozialräumliche Gemeinschaftsgefüge im Bornstedter Feld dar. Innerhalb derer ist die Bedarfslage für die Jugendfreizeiteinrichtung seit ca. 10 Jahren relevant und erfordert eine Entscheidung, die eine Umsetzung bis spätestens Ende 2021 sicherstellt.

Der vorliegende Änderungsantrag CDU/ANW führt zu einer räumlichen Trennung der Jugendfreizeitstätte und Gesamtschule – auch bauliche Trennung durch die Straßenbahntrasse erschwert Zugang. Die durch den Antrag notwendig werdende Änderung des Bebauungsplanes führt zu einer weiteren zeitlichen Verschiebung des Vorhabens und ist für die REG-AG 1 inakzeptabel.

Vor diesem Hintergrund schlägt die REG-AG 1 vor, dass Punkt 5 im vorliegenden Antrag des FB Stadtplanung und Stadterneuerung entsprechend wie folgt angepasst wird:

„Es werden separate Räume für einen Bürgertreff geschaffen. Räume für eine temporäre Unterbringung des Bürgertreffs werden entweder in Kombination mit der Jugendfreizeiteinrichtung (s. Ziel 1) oder in Kombination mit der Kita Georg-Hermann-Allee (s. Ziel 3) unter Beachtung des Votums der Kita bei möglichen Nutzungskonkurrenzen geschaffen.““

Herr Kaiser bittet Herrn Weyh, die Stellungnahme auch der Fraktion CDU/ANW zur Verfügung zu stellen. Er macht deutlich, dass die dargestellten Möglichkeiten geprüft werden sollen und betont, dass die Fläche, die bebaut werden soll, nicht mit Wohnungen bebaut werden soll, sondern die benötigte und gewünschte Infrastruktur zu errichten ist.

Frau Rabbe betont, dass ein Änderungsverfahren eines B-Planes ein förmliches Verfahren ist, das einen Zeitrahmen von mindestens 2 Jahren umfasst. Der dargestellte Platzbedarf steht im Zusammenhang mit der vorgesehenen Bebauung.

Sie wirbt dafür, dort, wo der Bevölkerungszuwachs entsteht, auch die entsprechenden Einrichtungen zu errichten.

Herr Kolesnyk unterbreitet folgenden **Verfahrensvorschlag**: Kindertagesstätte und Jugendfreizeiteinrichtung stehen im Fokus. Es darf keine Verzögerung bei der Errichtung von Jugendfreizeiteinrichtung und Kita sowie keine „Stapelung“ von Einrichtungen geben.

Räume für einen Bürgertreff können in Kombination mit der Kita unter festzulegenden Bedingungen geschaffen werden. Die Stellungnahme der Regionalen Jugendhilfe AG wird als Anlage zum Protokoll genommen.

Dazu sollte der Jugendhilfeausschuss ein Votum abgeben.

Herr Wollenberg plädiert dafür, über den Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW und die Ergänzung ein Votum abzugeben.

Frau Dr. Müller schlägt vor, in der fachlichen Stellungnahme auch darauf zu verweisen, dass hier keine Motivation besteht, Anliegen zuzustimmen, die nicht die oberste Priorität des Jugendhilfeausschusses haben.

Herr Kaiser macht deutlich, dass es wichtig ist, dass zur Wohnbebauung auch rechtzeitig die sozialen Einrichtungen gebaut werden.

Herr Liebe bittet darum, dass von Seiten der Fraktion CDU/ANW akzeptiert wird, dass hier eine Begleitung durch sehr engagierte Fachleute erfolgt ist. Die von der Regionalen Jugendhilfe AG 1 vorgebrachten Argumente sollten beachtet werden.

Herr Kolesnyk bittet um Überstimmung darüber, dass die Argumentation der Regionalen Jugendhilfe AG 1 als Anlage beigefügt wird.

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.**

Anschließend stellt Herr Kolesnyk den Änderungsantrag zur Abstimmung.

Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW vom 10.12.2018:

Der Änderungsantrag zu „18/SVV/0735 Konkretisierung der Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld“ wird wie folgt konkretisiert:

- 1. Auf dem nördlichen Teil der Fläche zwischen der Georg-Herrmann-Allee und der Leonardo-Da Vinci-Schule werden als jeweils getrennte Einrichtungen eine Kindertagesstätte mit 120 Plätzen und eine Jugendfreizeitstätte mit 105 Plätzen werden Gebäude für **sozialen Wohnungsbau** errichtet. (Baufeld MI im B-Plan Nr. 80.2 „Rote Kaserne West, nördlich Esplanade“)*
- 2. Im Quartier nördliche Gartenstadt wird zusätzlich zu der im Bau befindlichen Einrichtung eine Kindertagesstätte mit 90 Plätzen errichtet (Baufeld WA 24 im B-Plan Nr. 66B „Nördliche Gartenstadt“, 1. Änderung „Nordbereich“).
Im B-Plan 80.3 westl. der Georg-Herrmann-Allee ist die Bebauung wie folgt vorzusehen*

B-Plan 80.3 westl. Georg-Herrmann-Allee bestehend aus:

- *WA 1.1 **Kita** gesetzt wie im Vorschlag der Verwaltung*
- *WA 1.2*
- *WA 4.2, 4.1*
- *WA 6.2, 6.1*
- *WA 8.2, 8.1*

*- **Kita/Jugendfreizeit** statt auf 80.2 MI auf eines der Baufelder westl. der Georg-Herrmann-Allee entweder auf WA1.2 oder WA4.2/WA4.1 oder WA6.2/WA6.1 oder WA8.2/WA8.1*

*- **Kita** auf eines der Baufelder westl. der Georg-Herrmann-Allee entweder auf WA1.2 oder WA4.2/WA4.1 oder WA6.2/WA6.1 oder WA8.2/WA8.1*

*- **Flächensicherung für Kiezbad** auf eines der Baufelder westl. der Georg-Herrmann-Allee entweder auf WA1.2 oder WA4.2/WA4.1 oder WA6.2/WA6.1 oder WA8.2/WA8.1*

*- **studentisches Wohnen** auf WA1.2, WA4.2, WA6.2, WA8.2 an der Parkgrenze*

- als Ergänzung noch folgender Hinweis: Wohnungsbau entlang der Georg-Herrmann-Allee auf den FlächenWA4.1, WA6.1 und WA8.1 ist denkbar.

**Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich abgelehnt.**

Herr Kolesnyk bittet um Abstimmung über die **vorliegende Drucksache unter Berücksichtigung des Votums der Regionalen Jugendhilfe AG 1**.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung unter Berücksichtigung des Votums der Regionalen Jugendhilfe AG 1 wie folgt zu beschließen:

Die Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld werden für die Restlaufzeit der Maßnahme wie folgt konkretisiert:

1. Auf dem nördlichen Teil der Fläche zwischen der Georg-Herrmann-Allee und der Leonardo-Da Vinci-Schule werden als jeweils getrennte Einrichtungen eine Kindertagesstätte mit 120 Plätzen und eine Jugendfreizeitstätte mit 105 Plätzen errichtet. (Baufeld MI im B-Plan Nr. 80.2 „Rote Kaserne West, nördlich Esplanade“)
2. Im Quartier nördliche Gartenstadt wird zusätzlich zu der im Bau befindlichen Einrichtung eine Kindertagesstätte mit 90 Plätzen errichtet (Baufeld WA 24 im B-Plan Nr. 66B „Nördliche Gartenstadt“, 1. Änderung „Nordbereich“).
3. Im Quartier Rote Kaserne West wird westlich der Georg-Herrmann-Allee auf dem nördlichsten Baufeld eine Kindertagesstätte mit 150 Plätzen errichtet (Baufeld WA 1.1 im B-Plan Nr. 80.3 „Rote Kaserne West“).
4. Auf dem Grundstück an der David-Gilly-Straße, das temporär durch eine Gemeinschaftsunterkunft genutzt wird, wird nach Aufgabe der derzeitigen Nutzung eine Kindertagesstätte mit je nach Bedarf 90 bis 120 Plätzen errichtet (Baufeld C im B-Plan Nr. 40 „Kaserne Kirschallee“).

5. Räume für einen Bürgertreff werden entweder in Kombination mit der Jugendfreizeiteinrichtung (s. Ziel 1) oder in Kombination mit der Kita Georg-Hermann-Allee (s. Ziel 3) geschaffen.
6. Westlich der Georg-Hermann-Allee wird das Baufeld, das an den neuen Betriebshof des Volksparks angrenzt, für geförderten Wohnungsbau (möglich sind dabei auch Wohnheime für Studierende) angeboten (Baufeld WA 8 im B-Plan Nr. 80.3 „Rote Kaserne West“). Darüber hinaus wird die südlich an die gemäß obiger Ziffer 3 für eine Kindertagesstätte vorgesehene Fläche (WA 1.1) angrenzende Baufläche (Baufeld WA 1.2 im B-Plan Nr. 80.3 „Rote Kaserne West“) für geförderten Wohnungsneubau vorgesehen.
7. Im Kleinen Wiesenpark wird zur Erweiterung der Möglichkeiten für den Freizeitsport ein Kleinspielfeld hergestellt.

Die Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH ist in ihrer Funktion als Treuhänderin der Landeshauptstadt Potsdam mit den Planungen und der Durchführung der vorgenannten Maßnahmen zu beauftragen. (Anlage: Lageplan)

**Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich angenommen.**

zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

zu 8.1 Schlussfolgerungen aus der Evaluation des Sozialraumkonzeptes

Frau Reisenweber (FB Kinder, Jugend und Familie) verweist auf die umfangreichen ausgereichten Unterlagen. Die Verwaltung hat sich seit Vorliegen des Berichtes mehrfach mit diesem beschäftigt.

Sie weist darauf hin, dass durch die Verwaltung eine Zusammenfassung erstellt wurde, die als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung gestellt wird. Sie zitiert Ausschnitte aus der Stellungnahme folgende Empfehlungen vor:

1. Sozialräumliche Analysen und Konzepte für jede Region, d.h. gezieltere Ausrichtung auf Bedarfe - z.B. für stark wachsende Gebiete (SR I und II) proaktive Strategien und für Gebiete mit größerem Unterstützungsbedarf (SR V, VI) teilhabefördernde Unterstützungsstrategien
2. Aktuelles Rahmenkonzept Sozialraumorientierung erstellen
3. Sicherung der sozialraumorientierten Arbeit in der Regelarbeitszeit sowie flexible Budgets schaffen

Fahrplanidee ist die Bildung einer Arbeitsgruppe aus Verwaltung, Jugendhilfeausschuss und freien Trägern. 2019 soll die Ausschreibung der Konzeptüberarbeitung an externe Experten erfolgen sowie die gemeinsamen Abstimmungen der Methoden zwischen Arbeitsgruppe und Auftragnehmer zur Erstellung einer beteiligungsorientierten Konzeptvorlage.

Herr Liebe berichtet, dass sich der Unterausschuss mit dem Thema befasst hat und zu dem Ergebnis gekommen ist, dass sich die bisherigen Strukturen wie Fach- und Regional-Arbeitsgemeinschaften damit befassen sollten. Eine neue Arbeitsgruppe scheint ihm unrealistisch.

Herr Kolesnyk ergänzt, dass auch darüber nachgedacht werden soll, ob eine Aufteilung in 3 Regionen ausreichend ist, oder eine neue Aufteilung auf 4 Regionen erfolgen soll. Dies hat Frau Aubel am 12.12.2018 im Hauptausschuss angesprochen.

Herr Weyh stimmt dem Vorschlag von Herrn Liebe zu. Auch die Aufteilung in 4 Regionen hält er für sinnvoll. Er teilt mit, dass voraussichtlich im Juni 2019 eine gemeinsame Sitzung der Regionalen Jugendhilfe AG's stattfinden sollte. In dieser sollte das thematisiert werden.

Herr Ströber informiert, dass die AG nach § 78 SGB VIII „Hilfen zur Erziehung“ dies in die Jahresplanung für 2019 aufgenommen hat. Er bittet, die Zusammenfassung nicht zu früh zu planen.

Frau Parthum schließt sich dem an.

zu 8.2 Haushalt 2018 - Mittelabfluss per 30.11.2018

Frau Weidner (FB Kinder, Jugend und Familie) stellt anhand einer Präsentation den Mittelabfluss des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familien im Jahr 2018 vor. Sie weist darauf hin, dass sich die Erträge für die Betreuung von Kindern aus anderen Gemeinden verringert haben, da weniger Kinder aus anderen Gemeinden betreut werden. Des Weiteren haben sich die Landeszuschüsse um ca. 1 Mio. Euro verringert.

Frau Dr. Müller fragt, warum die Zuwendung für den Treffpunkt Freizeit nicht ausgereicht werden konnte.

Frau Reisenweber (FB Kinder, Jugend und Familie) erklärt, dass die Finanzierung noch nicht umgesetzt ist, weil noch der entsprechende Beschluss dazu fehlt.

Herr Weyh fragt, wie der neuen Geschäftsbereichsleiterin ein guter Start gegeben werden kann, wenn die Planungen so abweichen.

Herr Otto macht deutlich, dass er die Zahlen gern vorher mit den Unterlagen zur Kenntnis bekommen hätte zusammen mit fehlenden Erläuterungen, um zu sehen, wie welche Entwicklungen ablaufen.

Frau Weidner weist darauf hin, dass der Mittelabfluss per 30.11.2018 dargestellt ist und die dargestellten Zahlen somit druckfrisch sind. Sie verweist auf den Deckungskreis innerhalb des Geschäftsbereiches.

Frau Reisenweber ergänzt, dass die qualitativen Auswirkungen im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden können.

Herr Kulke fragt, ob im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie das entsprechende Personal fehlt, um Landesgelder einzuholen.

Dies wird von Frau Weidner und Frau Reisenweber bestätigt.

Herr Kulke betont, dass z.B. für Beurkundungen die Zahlen fehlen.

Frau Weidner erklärt, dass es sich hier um geringere Kosten im Vergleich handelt. Auch die Abweichungen vom Plan sind nicht vorhanden.

Frau Weidner teilt mit, dass für die Abrechnung der Kosten für die unbegleiteten minderjährigen Ausländer das Personal fehlt. Insgesamt haben die Zahlen im Bereich der Hilfen zugenommen. Dies wurde ohne Ergebnis angezeigt. Sie verweist auf das sehr umfangreiche Antragsverfahren bei den unbegleiteten minderjährigen Ausländern. Aktuell ist eine Verbesserung der Zahl der Mitarbeiter eingetreten.

Herr Weyh fragt, wie die nächsten Haushaltspläne so gestaltet werden können, um die entsprechenden Bereiche ausreichend auszustatten. Es sollte auch berücksichtigt werden, dass bestimmte Leistungen teurer werden.

Herr Liebe bittet, den Bericht zum Mittelabfluss als Anlage zum Protokoll auszureichen, damit der Jugendhilfeausschuss prüfen kann, wo die Verwaltung unterstützt werden kann.

zu 8.3 Verfahrensvorschlag zur Mitwirkung der Stadtverordnetenversammlung an der Erstellung der Elternbeitragsordnung gemäß Beschluss 18/SVV/0385

Herr Kolesnyk verweist auf die Mitteilungsvorlage 18/SVV/0932. Er berichtet, dass Herr Schubert am 12.12.2018 im Hauptausschuss ausgeführt hat, dass die bestehende Empfehlung für die Elternbeitragsordnung vom 01. August 2018 weitergeführt werden soll. Des Weiteren hat er vorgeschlagen, eine Projektgruppe zu installieren.

Frau Dr. Müller ergänzt, dass ggf. die Begleitung des Prozesses extern vergeben werden soll. Der Jugendhilfeausschuss sollte die Möglichkeit bekommen, sich die Aufgabenstellung im Vorfeld anzusehen und gemeinsam dazu eine Position zu erarbeiten.

Herr Liebe fragt, wie mit den Argumenten der AG nach § 78 SGB VIII „Kita“ und dem Kita-Elternbeirat umgegangen wird. Diese sollten angemessen in den Prozess einbezogen werden soll. Auch die Gerichtsurteile sollten mit betrachtet werden.

zu 9 Sonstiges

Herr Kolesnyk informiert, dass Herr Tölke heute krankheitsbedingt nicht an der Ausschusssitzung teilnehmen konnte.

Er verweist auf die Themenplanung für das kommende Jahr, die sonst immer in der Dezembersitzung besprochen wird. Diese liegt heute nicht vor, da noch viele Themen zur Bearbeitung auf der Agenda stehen und nach der Kommunalwahl eine Neukonstituierung des Ausschusses ansteht.

Frau Spyra wird die noch offenen Themen zusammenfassen, damit diese bis zum Ende der Wahlperiode beraten werden können.

Frau Reisenweber (FB Kinder, Jugend und Familie) informiert, dass sich der Jugendförderplan seit heute im Geschäftsgang befindet.

Herr Wuttke (Bürger) gibt einen Rückblick über seine Eindrücke zur Arbeit des Jugendhilfeausschusses im Jahr 2018 und bedankt sich bei den

Ausschussmitgliedern für die engagierte Arbeit und den respektvollen Umgang sowie für die aufgebrauchte Zeit für die zu bearbeitenden Themen.

Nächster Jugendhilfeausschuss: 24. Januar 2019 2018, 16:30 Uhr

David Kolesnyk
Ausschussvorsitzender

Martina Spyra
Schriftführerin